

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

[Zersprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Zersprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50 52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postleistungsliste Nr. 409a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 191.

Donnerstag, den 17. August 1905.

12. Jahrg.

Diese eine Beilage.

Fleischnot.

Die „Staatsmänner“ von heute bieten so viel Material und Stoffen auf, um die Preise der notwendigen Lebensmittel in die Höhe zu treiben, wie ihre Kollegen in allen Teilen Ost und West, nur sie stehen zu halten. Die Notlage des arbeitenden Volkes ist der Triumph der agrarischen Politik. Da es kein Mittel gibt, die Notlage der agrarischen Politik zu einer direkten Entlastung an die Landbesitzer zu übertragen, so muß der Mechanismus des Marktes für die indirekte Schöpfung benutzt werden; die Waren müssen so selten gemacht werden, um die Nachfrage zu steigern. Jeder Sack voll Korn, jeder Schinken eine Gabe!

Es ist nicht leicht, zu diesem Ziele zu gelangen. Schließlich leben wir doch im — „offensten“ sogenannten — Verkehr des Weltmarktes. Mit letzter Mühe und geringen Kosten werden die Schätze aller Völker zur Deckung unseres Bedarfs herbeigeführt; es gibt keine Entfernungen, es gibt keine Jahreszeiten mehr. Wenn hier die Natur einmal in blindem Willen Pflanzen und Tiere verwickelt, an einer anderen Stelle läßt sie dafür mit offener Hand um so reichlicher die typischen Früchte reifen. Die Völker brauchen nicht mehr ängstlich rechnend und wägend Küche und Keller vor langer Winterzeit zu durchspähen; das Gespenst der Hungersnot ist durch der Menschen Geist und Faust längst gehannt worden. Das gerabe ist ja — so hören wir die Lobredner des Westens — der unschätzbare Vorzug der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, daß sich durch das freie Spiel der Kräfte eine wunderbare Harmonie gleichsam von selbst einstellt.

Doch halt! Dies freie Spiel der Kräfte muß neuerdings auf ein einziges Gebiet der Volkswirtschaft beschränkt bleiben — auf den Arbeitsmarkt, wo es die Löhne auf dem Niveau des Existenzminimums niederzuhalten neigt; in Interesse der Kapitalbesitzer und der Grundbesitzer muß es auf allen andern ausgeschaltet werden! Sankt sind sie nicht „konkurrenzfähig“, das heißt, sonst kann ihre Rente nicht so hoch anwachsen, wie sie selbst für „notwendig“ erachten. Daher Kartelle, Ringe, Trusts, Gewerkschaften und Sanierungen, daher Steuern und Zölle und Grenzschranken!

Man erkennt die Methode in diesem Verfahren. Es sind heute nur kleine Teile Deutschlands, in denen nicht seit Monaten eine geradezu ungeheuerliche Steigerung der Preise des Fleisches und anderer Nahrungsmittel zu verzeichnen ist. Aus allen Industriegegenden zumal laufen geradezu brüllende Nachwirkungen ein. Preissteigerungen um 20, 30 ja 50 und 75 Prozent werden gemeldet. Mit den Klagen des armen Volkes verzeichnen sich die zornigen Rufe der „Schwerarbeitenden“ über die unheilvollen Zustände. Im vorigen Sommer schwankten die Schweinepreise zwischen 41,95 und 49,22 Mark in Berlin; jetzt werden dort für den Putzer B-Belegungen 65 bis 70 Mark gefordert und bezahlt. Entsprechend und an anderen Orten noch stärker sind die Preise für Rind- und Kalbfleisch und die der Fleisch- und Fleischwaren in die Höhe geschwollen. Nach den Auswertungen des statistischen Amtes der Stadt Chemnitz, die wir als typische Industriestadt herausgreifen, war im zweiten Halbjahr 1905 der Schinken (Auschnitt) um 8 Pfg., der Speck um 10 Pfg., die Würstchen um 1—8 Pfg. für das Pfund teurer als im zweiten Halbjahr 1904. Und fetter hat die Tendenz rasch und stetig zugewonnen. Im ober-sächsischen Industriebezirk herrschen derartige Notstandspreise, daß der Bürgermeister Dr. Heuser in Mysłowitz im Stadtvorordnetenkollegium einen richtigen Alarmruf ausließ. Vom Rhein und aus Westfalen kommen genau dieselben Klagen; auf dem Fleischertage zu Freiburg i. B. wurde übereinstimmend und von allen Rednern dargelegt, daß der zurzeit bestehende Mangel an schlachtreifem Vieh seinesgleichen in den letzten Jahrzehnten nicht gehabt habe.

So läßt sich Zeugnis auf Zeugnis für die Tatsache der Fleischnot häufen, die ihren Grund einmal in dem schlechten Ausfall der vorjährigen Futterernte, am letzten Ende aber in dem Zollpolitischen und zolltarifpolitischen Grenzschluß hat. Dessen Zweck ist eben jetzt erreicht; um eine Nuance zu gut erreicht!

In den erbitterten Kämpfen um den neuen Zolltarif war die Preisverteuerung das Schlagwort der lebensschafflichen Diskussionen. Hinter der Erörterung der frevelhaften hohen Zölle trat die Betrachtung der agrarischen Wünsche auf dem Gebiete der Fleischverteuerung etwas in den Hintergrund. Und doch waren sie noch viel dringender; wollten doch die Wortführer der Reichstagsmehrheit die Zölle auf Rind- und Schweine um 640 Prozent gegen die zurzeit noch geltenden Vertragsätze steigern, die der Schweine um 320 Prozent, die der Schafe um 620 Prozent! Danach sind denn auch die neuen Vertragsätze ausgefallen, deren verhängnisvolle Folgen wir in den nächsten Jahren zu spüren bekommen werden.

Aber die agrarische Zollpolitik hat wenigstens den Vorzug einer brutalen Offenheit; sie sagt klar und laut was sie will. Widerlich dagegen ist die schändliche Heuchelei bei der sogenannten sanitären Grenzschranke. Ein Mensch denkt daran, unsere Grenzen ohne Kontrolle zu lassen und die Einfuhr von Vieh aus dem Ausland zu gestatten. Aber es ist schändlich, daß die pseudo-sanitären Maßregeln zur völligen Sperrung der Grenzen auch gegen solches Vieh benutzt werden, deren Gesundheitszustand mit letzter Mühe als einwandfrei festgestellt werden konnte. Die Konventionierung der Viehfuhr nach manchen Gebieten, z. B. nach Oberschlesien — trotz genereller sanitärer Grenzschranke — ist das vernünftigste Mittel über eine solche partielle, agrarische Zollpolitik. Gerade sie gibt uns das Recht, jetzt auf völlige, selbstverständlich kontrollierte Öffnung der Grenzen zu dringen.

Der zurzeit gerade zur Führung der preussischen Landwirtschaftskammer kommandierte General (von Podbielski) — selbst ein großer Schweinezüchter vor dem Herrn — hat nun seitlich unlangst der von einer nach Oberschlesien entsandten Untersuchungskommission, wie es heißt einstimmig, vorgeklagerten Verschärfung der russischen Schweinekontingents keine Zustimmung versagt, weil der Agrarier-Ring die dröselige Behauptung wagte, er werde von seiner Viehzentrale aus dem totalen Notstande leicht Abhilfe schaffen; aber nachträglich scheint er doch eingeschüchelt zu haben, daß man so tun müsse, als ob man etwas tue; man liest in den Zeitungen, daß er auf den 11. August eine neue Kommission zur Bekämpfung über die Fleischnot zusammenberufen habe. Wie sich nicht halb genug, von ihrer Tätigkeit wirksame Maßnahmen zu erwarten. So lange keine Hungerrevolten ausgebrochen sind, und so lange die Hungertendenz in Schlesien nicht brutal offen „Hungerhybris“ sondern sehr modern und schamhaft verschleiert „Gemütskur“ heißt, braucht sich ein hohes königlich preussisches Staatsregiment nicht zu beunruhigen!

Unsere herrschenden Klassen und ihre ausführenden Organe streuen sich wahrhaftig einen roten Teppich. Denn man kann nicht annehmen, daß sie nicht wüßten, wie die physische, geistige und moralische Gesundheit des Volkes von seinem Nahrungszustand abhängt. In Deutschland stirbt jeder dritte Volkswirtschaftliche im erwachsenen Alter an Ungehungertod; mit zwei Mitteln würden wir dieser Krankheit den Charakter der Volkspeste nehmen: sie helfen: Bestialität und Dreifachverwundung. Statt dessen betreiben die Herrschenden die Verleumdung der Nahrung! Und dann bauen sie ein paar Dugend Lungenkranke, die nur Wenigen helfen, aber die Klassen über ihren Jammer hinwegtäuschen sollen! Die Satten klagen über die zunehmende Keimlosigkeit, die Verwundung des „niedereren Volkes“. Dabei weiß jeder, der nicht wegen hohen Adels des Lebens und Schreibens unkundig gelitten ist, daß jeder Pfennig Aufschlag auf den Brotpreis 1000 Jahre Gefängnis bedeuten. Die Berechnungsziffer und die Geburtsziffer geben den Lebensmittelpreis barallel. Wer dem Volke den Nahrungsspielraum verengt, taftet die Lebenskraft der Nation mit frevelhafter Hand an. Die Agrarier aber führen lächerliche Reden über das „Kornphysische Verhängnis“ in den Fabrikhäusern und gefährden im Bunde mit ihrem regierenden Ausschuss anderer Nation die Zukunft. Dabei geraten sie temporär in patriotische Verzückungen und schimpfen dann die Sozialdemokratie „lebende Vaterlandsverräter“!

Zum höheren Ruhme der Herrschenden wurde wochenlang politische Gewitterstürme gemacht. Es sollte einmal wieder die Wahrheit verklärt werden, daß der diplomatische Zauber ein fauler Zauber ist. Und dabei: was will selbst ein westeuropäischer Krieg gegen die dauernden Schäden agrarischer Renten und Zollpolitik bezagen! Das eine ist ein Gewitter, das hier und da zerstörend niederprasselt, aber doch bald vorüberzieht; das andere ein treibartiges freies Gewitter, das den ganzen Volksorganismus zermürbt.

„Neue Gesellschaft“.

Alb. Südekum.

Politische Handlungen.

Deutschland.

Weste und Ost. Unter dieser Überschrift schreibt der „Vorwärts“: Seit einiger Zeit wird immer eifriger in den politischen Klatschbüchern ein Gauß kolportiert, das ungeheuerliche Behauptungen aufstellt, um obwohl es nicht durchaus auf Kombinationen beruhen kann, bisher nicht in amtlicher Form in Abrede gestellt worden ist. Die in der Wilhelmstraße auf den Strich gehende kaiserliche Presse feiert dort solche Dinge, von denen unabhängiger deutsche Organe und die Auslandspresse voll ist, nicht kennen. Man würde ihnen ihren Gewerbeschein entziehen, wenn sie dieselben peinlichen Angelegenheiten ihre Aufmerksamkeit schenken. In dem Gewebe von Behauptungen, um die es sich hier handelt, zweierlei Schatz zu schätzen. Eines scheint ganz sicher und

nicht erfinden. Am Ausgange des vorigen Jahres war Deutschland im Krieg, England den Krieg zu erklären. Die Ausplauderung des Vizepräsidenten des Reichstages, des Herrn Brause, die nachher als Mißverständnis eines Berichterstatters halb abgeleugnet wurde, beruhte dennoch auf einer zutreffenden Information. Daß tatsächlich die Flotte baureiz mobil gemacht wurde, ist jetzt von uns, aus absolut sicherer Quelle, mitgeteilt worden. Als das Unwetter vorübergegangen war, wurde für das harte Wort „Mobilmachung“ irgend ein anderer, mildere, technischer Ausdruck gefunden, da man die Sache selbst nicht mehr in Abrede stellen konnte. Auch das scheint keine Kombination, sondern entspricht wohl den wirklichen Vorgängen, daß bereits am 1. März im Januar das Flottenmarodör in der Ostsee vom englischen Marineamt beschliffen wurde, das demnächst angehängt werden soll. So wie es also stehen wie auf diesem Boden, wenn es auch niemand begreifen kann, daß wirklich auch nur einen Augenblick in Deutschland der Gedanke entstanden hat, die deutsche Flotte mit der englischen sich messen zu lassen. Auch darüber besteht nicht der mindeste Zweifel, daß man in England über diese Vorgänge genau unterrichtet ist, und daß die von unseren Dispositionen gebende Flotte teils befristete, teils als grundlos behauptete Erregung Englands auf diese Vorgänge zurückzuführen ist. Nur darüber ist man sich im unklaren, welche geheimnisvollen Vorwände diese blutige Krise nahe gerückt haben sollen. Nun sprechen Leute, die sich für wohl informiert ausgehen, seit Wochen mit immer größerer Ungeduld davon, daß die Ursache jenes drohenden Zusammenstoßes in einem schweren Konflikt zwischen Wilhelm II. und König Eduard zu suchen sei. Die merkwürdigen neuerdings auftauchenden Gerüchte über eine Zusammenkunft der beiden monarchischen Verwandten, die in den letzten Tagen wiederum von England in der schroffen Form bestritten wird, geben sich ab derartigen Phantasien Nahrung. Die offizielle Presse aber, die sonst bei jeder Gelegenheit mit den Generalisierungen des Dementierens herbeiläuft, schweigt und tut so, als ob sie gar nichts wüßte und gar nichts hörte. Ist man sich in den maßgebenden Kreisen nicht bewußt, daß in Jahrzehnten noch keine für das ganze Regierungssystem so heillos kompromittierende Behauptung ausgebreitet worden ist, wie die, welche man jetzt öffentlich in mehr oder minder klaren Andeutungen immer wiederholt? In welchen Zuständen leben wir, wenn derartige Behauptungen auch nur erfinden und geglaubt werden, geschweige, daß sie wahr sein könnten! Hält man es denn bereits für selbstverständlich, daß wir bis ins 17. Jahrhundert zurückgeworfen sein sollen, daß das Schicksal der Völker davon abhängen soll, ob irgend welche einzelne Personen Herrschaft gehabt haben? Wären wir noch in der Zeit der Kometen und der dynastischen Völkerschlägereien? Haben wir keine Verfassung, keinen Reichstag für den deutschen Volk? Selbst der ärgste Feind des Reiches ist ab an den Wahnsinn solcher Empfindungen zu glauben. Aber daß solche Empfindungen auch nur möglich sind, zeigt schon, zu welchem Abgrunde allmählich das byzantinisch verknüpfte öffentliche Gewissen Deutschlands die Dinge treibt. Längst hat die bürgerliche öffentliche Meinung, verdrängt durch eine gewissenlose offizielle Presse, sich das Urteil in internationalen Fragen abgewöhnt. Der Reichstag versagt, soweit die bürgerlichen Parteien in Betracht kommen, seit jeher auf die schändlichste Weise. Man überläßt den diplomatischen Säugern und Abenteurern die Meinungsrichtung in diesen Fragen. Nur die Sozialdemokratie hat sich bisher um die Probleme der auswärtigen Politik ernsthaft und selbständig gekümmert. Jetzt wird es offenbar, welche Katastrophen aus solcher allgemeinen Stumpfheit und Urteilslosigkeit hervorgehen können. Es ist aber nicht wahr, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Hand einer Person liegt. Verfassungsmäßig steht dem Reichstag zwar nicht das Recht der formellen Kriegserklärung, aber die entscheidende Bewilligung der Kriegskosten zu. Es muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß materiell beim Bundesrat und Reichstag die Entscheidung über Krieg und Frieden steht, daß ohne die Zustimmung dieser Instanzen kein persönlicher Wille sich betätigen darf. Es ist hohe Zeit, daß die öffentliche Meinung Deutschlands endlich den Dingen ins Gesicht sieht. Die wilden Gerüchte, die man jetzt aufwirft, die absurden Klatschgeschichten, die in ernsthaftester Weise feierlich als wahr beschworen werden, sind nur möglich in einem Volke, das sich freiwillig entmündigt. Um so dringender aber wird die Aufgabe für das Proletariat aller Länder, den Fragen des internationalen politischen Verkehrs wachsam zu folgen und den herrschenden Klassen, die sich von dem Ungeheuer treiben lassen, klar zu machen, daß des Volkes Wille das höchste und alleinige Gesetz ist. Die friedliche Organisation des internationalen Proletariats, die große Völkervereinigung der Arbeit, die Überwanden des Sozialismus müssen das Steuer ergreifen, dann mag die Diktatur der herrschenden Klassen Unheil sühnen und die tolle Phantasie der Geschichtsträger Gespenster sehen. —

„Zehreichte Zahlen“ veröffentlicht die „Köln. Volkszeitung“, nämlich eine Reihe Zahlen über die Ausgaben des Deutschen Reiches seit 1872 für das Reichsheer, die Marine, die Kolonien und die Kolonialkriege. So berichtet das Zentrumblatt, daß von 1872 bis 1905 für das Landheer insgesamt 16 475 685 351 Mark ausgegeben worden seien. Davon entfällt auf die Regierungszeit Wilhelms I. nur die Summe von 6 247 291 434 Mark, während der Rest von 10 228 393 919 Mark während der Regierungszeit Wilhelms II., also in den letzten 17 Jahren verausgabt worden ist. In der zweiten Hälfte der 34 Etatsjahre sind die Ausgaben für das Reichsheer also um 64 Proz. höher gewesen, als in den ersten 17 Jahren. Für die Marine seien seit 1872 3 036 899 409 Mark ausgegeben worden, davon während der Regierungszeit Wilhelms II. 2 279 053 508 Mark, also entfielen 75 Proz. dieser Ausgaben auf die letzten 17 Jahre und nur 25 Proz. auf die erste Hälfte des Reiches. Für die Kolonien seien seit 1890 bis 1905 1 938 240 79 Mark ausgegeben worden. Außerdem habe die Expedition nach Ostafrika 2 718 372 000 Mark gekostet. Ferner seien für den südafrikanischen Zustand bis jetzt bewilligt worden 1 949 758 000 Mark. Insgesamt seien also ausgegeben für das Reichsheer, die Marine, Kolonien, die China-Expedition und den südafrikanischen Zustand 20 183 221 839 Mark. Wie gut angelegt diese Summen sind, dafür bringt das Zentrumblatt zum Schluß noch ein Beispiel. Nach dem Marine-Etat für 1905 sei der Schiffbauwert unserer Flotte gegenwärtig siebenhundert Millionen Mark, während seit 1872 über 3 Milliarden für unsere Marine ausgegeben worden sind. Dazu sei unsere ganze jetzt noch brauchbare Flotte bis auf 35 Millionen Mark auf Pump gebaut! Die „Köln. Volksztg.“ schreibt: „Mehr wollen wir bereit nicht sagen, sondern die Zahlen durch sich selbst wirken lassen, sie werden ihrem Eindruck hoffentlich überall machen.“ In der Tat, das werden sie! Sie werden ihn aber wohl auch in einer Weise machen, die der „Köln. Volksztg.“ gar nicht erwünscht sein wird. Sie werden dem deutschen Volk klar machen, daß die Kosten von dem Militarismus, dem Marinismus und einer wahrhaftigen Kolonialpolitik gerade seit der Zeit die unsinnigste Höhe erreicht haben, wo das Zentrum zur Regierungspartei geworden ist!

Zur Reichsfinanzreform-Frage teilt die „Köln. Volksztg.“ mit, daß das Reichsfinanzamt bei der sogenannten Steuerreform auch ins Auge gefaßt habe die Reform der Branntweinbesteuerung (Liebesgaben und Maßraumsteuer), dabei aber auf den heftigen Widerstand von zwei preussischen Ministerien gestoßen sei. Dasselbe sei der Fall in bezug auf die Erhöhung der Erbschaftsteuer für große Vermögen. Da eine große Reichstagsmehrheit aber für jene Pläne vorhanden sei, so rät die „Köln. Volksztg.“ der Reichsregierung, den Reichstag aufzulösen und die Steuerfrage zum Gegenstand des Wahlkampfes zu machen. Alsdann würde auch einmal eine andere Frage als gerade eine Militärfrage Gegenstand der Aufstufung sein. Es ist ein schlimmer Rat, den das Zentrumblatt der Regierung gibt. Sie hat alle Ursache, sich zu hüten, unter Berufung auf Steuerfragen den Reichstag aufzulösen. Im Falle einer Auflösung wird man sich sicher nicht auf vorgebliche notwendige Steuererhöhungen berufen, sondern irgend welche andere Dinge vorschreiben.

Fort mit Trotha! Zwei Erlasse des Generalleutnants v. Trotha, die bisher noch nicht bekannt geworden sind, obwohl sie seit ein Jahr zurückliegen, veröffentlicht die Zeitschrift „Die deutschen Kolonien“. Bekannt ist, daß anfangs dieses Jahres v. Trotha jenen Erlaß veröffentlichte, durch den auf die Köpfe der hervorragendsten Pottentostentführer Preise gesetzt wurden. Wie die genannte Zeitschrift nunmehr mitteilt, ist dieser Erlaß keineswegs der erste dieser Art, vielmehr wurde bereits am 21. Oktober 1904 eine ähnliche Aufforderung zur Ermordung der Haupter des Herero-Aufstandes von Trotha erlassen. Dieser Erlaß lautete folgendermaßen:

„Ombo Windombe, den 2. Oktober 1904.
Ich, der große General der deutschen Soldaten, sende diesen Brief an das Volk der Herero. Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. (Der gute General vergißt, daß sie es völkerrechtlich nicht waren.) Sie haben gemordet, gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren und Nase und andere Körperteile abgeschnitten und wollen jetzt aus Feigheit nicht mehr kämpfen. Ich sage dem Volke: Jeder, der einen der Kapitäne an einer meiner Stationen als Gefangenen ablieferet, erhält 1000 Mk.; wer Samuel Maherero bringt, 5000 Mk. Das Volk der Herero muß jeder das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem groten Rohr dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen. Ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auf sie schießen. Das sind meine Worte an das Volk der Herero.“

Der große General des mächtigen Kaisers
v. Trotha.“

Dieser Erlaß, an dessen Authentizität bei dem Charakter der Zeitschrift „Die deutschen Kolonien“ nicht der mindeste Zweifel bestehen kann, ist noch viel ungeheurer, als der gegen die Pottentostentkapitäne gerichtete. Rühndig Trotha doch offen an, daß er die Hereros aus dem Lande zu jagen beabsichtigt. Jeder innerhalb der deutschen Grenzen betroffene Herero werde erschossen werden, einerlei ob er Waffen trage oder nicht! Ebenso kündigt der Erlaß an, daß er, Trotha, keine Weiber und Kinder mehr zu Gefangenen machen werde, sondern auf sie schießen lassen werde. Man kann es dem Herausgeber der Zeitschrift, Dr. E. Th. Förster, nachfühlen, wenn er erklärt: „Als ich diesen Brief gelesen hatte, sah ich eine Weile starr vor Entsetzen.“ In der Tat dürfte dieser Erlaß das Entsetzlichsie sein, was auf dem Gebiete der kolonialen Kriegsführung jemals gelaßt worden ist, denn Trotha würde sich ja selbst zum Räuber gemacht haben, wenn er diese Ankündigung nicht ausgeführt hätte. Das fürchterliche Verbrechen

feld der Omahaka, wo die Gebeine von Tausenden von Kindern und Frauen der Hereros in der Sonne bleichen, beweist, daß Trotha seinen Erlaß ausgeführt hat! Ferner veröffentlicht Dr. Förster folgenden Tagesbefehl an die Truppen:

„Dieser Erlaß ist bei den Appellen den Truppen mitzuteilen mit dem Hinzufügen, daß auch der Truppe, die einen Kopflang fängt, die entsprechende Belohnung zuteil wird, und das Schießen auf Weiber und Kinder so zu verstehen ist, daß über sie hinweggeschossen wird, um sie zum Laufen zu zwingen. Ich nehme mit Bestimmtheit an, daß dieser Erlaß dazu führen wird, keine männlichen Gefangenen mehr zu machen, aber nicht zu Geiseln gegen Weiber und Kinder ausartet. Diese werden schon fortlaufen, wenn zweimal über sie hinweggeschossen wird. Die Truppe wird sich des guten Rats der deutschen Soldaten bewußt bleiben.“

Das Kommando.
geh. v. Trotha, Generalleutnant.“

Auch hieraus ist ersichtlich, wie bitter ernst Trotha es mit der Ausrottung der Hereros innerhalb der deutschen Grenzen genommen hat. Er rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß künftig keine männlichen Gefangenen mehr gemacht werden. „Geiseln“ gegen Weiber und Kinder sollen nicht vollführt werden, man soll einfach über sie hinweg schießen, dann werden sie schon laufen, laufen, sofern sie nicht doch das Ziel eines schlechten Schützen getroffen hat, bis sie in der wasserlosen Sandwüste Omahakas zusammenbrechen und im Fieberdurst verescht sind. Wir müssen bekennen, daß einer solchen schandlichen Erbarungslosigkeit der Vorkriegführung gegen alle von den Hereros und Pottentotten verübten Untaten zu einer Bagatelle zusammenschrumpfen! Wir sind der festen Überzeugung, daß dies Gefühl auch in den weitesten bürgerlichen Kreisen Deutschlands vorherrscht. Wir können es uns nicht anders vorstellen, daß nach der Veröffentlichung solcher Dokumente der Generalleutnant v. Trotha namöglich ist. Namentlich das Zentrum wird nunmehr mit erneuter Energie auf der sofortigen Einberufung des Reichstages bestehen und die sofortige Zurückberufung des südafrikanischen Generalleutnants fordern müssen! — Die Losung „Fort mit Trotha“ ertönt immer lauter in Südafrika selbst. v. Trotha hat, wie erinnerlich den „Windhuker Nachrichten“ keine Meldungen mehr zugehen lassen, weil das Blatt ihm zu kritisch war. Auch die Sitzungen des „Beirats“ der Zivilverwaltung sollten nicht mehr dort veröffentlicht werden. Dieser Konflikt zwischen Militärregierung und Zivilverwaltung hat, wie die „Deutsche Südafrikanische Zeitung“ meldet, dazu geführt, daß der Beirat sein Amt niedergelegt hat. Die ganze Zivilbevölkerung Südafrikas scheint sich gegen das Regiment aufzulehnen. Vielleicht versucht es Herr von Trotha einmal auch mit Schußprämissen, um die Unbotmäßigen endlich zur Strecke zu bringen.

Budde bleibt! Die von einem Berliner Blatte verbreitete Meldung, der Minister der öffentlichen Arbeiten v. Budde trage sich mit Rücktrittsgedanken, entbehrt tatsächlich jeder Begründung. — Das ist bedauerlich!

Er hat einen Spitz. In Kiel tagte der 31. Abgeordnetentag des Deutschen Kriegerbundes. In die Rede der Versammlungen klang vornehmlich das drohig wütende Gebelzer mit dem ein kleiner vorlauter Spitz das Publikum ergötzte. Der Bundesvorsitzende, General der Infanterie z. D. v. Spitz, bestellte nämlich den Mond, will sagen die Sozialdemokratie an wegen des bekannten „Schweine-Artikels“ der „Münchener Post“. Der treffliche General hat augenscheinlich viel Sinn für unseimliche Komik. Er bestieg also die Rednertribüne, warf sich in die gepolsterte Heidenbrust, räusperte sich und legte sodann los: „Auf dem ganzen Erdkreise — mit tiefer Beschämung sind wir uns dessen bewußt — leben der deutschen Wehrhaftigkeit und Treue keine haßerfüllteren Feinde als diejenigen, welche mit uns in denselben Grenzen die Mutter Erde bewohnen. Diese Feinde, die Lehrer des Umsturzes, haben sich mit Ingegnung überzeugen müssen, daß alle Verkündigungen ihrer Macht, daß all ihr Ausposaunen des durch sie schon bald bewirkten Umsturzes des Staates und der Gesellschaft lächerliche Tiraden bleiben, mit denen sie schließlich bei den Dummköpfen der Dummheit nicht mehr ihr trauriges Gewerbe treiben können, solange das Volk in Waffen wehrhaft und treu bleibt. Sie wissen, daß Landheer und Seewehr den Fels bilden, welcher hindert, daß die von ihnen aufgewühlten verpestenden Fluten sich über das Land ergießen und dort Unheil anrichten. Deshalb setzen sie hier den Fels an und bieten alles auf, den schützenden Felsen zum Wanken zu bringen. Sie lassen kein Mittel unversucht, nicht das verwerflichste, um unsere Waffenmacht wehrlos und treulos zu machen. Die gewähligsten Mittel sind: Lug und Trug im Bunde mit rohester Gemeinheit. In den jüngsten Tagen, als die Marokkofrage sehr lebhaft wurde und manche sogar eine kriegerische Verwicklung befürchteten, erschien in einer viel geleseenen, von den Umsturzkreisläuten sehr hoch geschätzten sozialdemokratischen Zeitung ein Artikel mit der Überschrift „Internationale Schlacht“, in welchem der Tod des Soldaten auf dem Schlachtfelde mit dem Schlachten eines Schweines verglichen und der Schweinetod — Himmelhoch über den Soldatentod gestellt wurde. Kameraden! Haben Sie je etwas Roheres und Gemeineres gehört als die Gesinnung, welche sich in diesem Artikel offenbart? Ist Ihnen schon eine plumpere und verrücktere Frechheit begegnet als die ist, mit welcher hier versucht wird, die Wehrhaftigkeit und Treue unsers Volkes zu untergraben? Als ich den Artikel las, war mein erster Gedanke, daß der ihn verfassende Bursche nur auf gewissen Inseln der Südküste oder bei einzelnen Stämmen Zentralafrikas leben dürfe, um verstanden und nicht verachtet zu werden.“ — Sela! In der Tat! Die „Robheit“ und „Gemeinheit“, die „plump“ und „verrückte Frechheit“ des Artikels ist so unerschrocken, so namenlos insam und niederträchtig, daß sie nur noch durch die Ungeniertheit übertroffen wird, mit der General Spitz den Artikel in sein Gegenteil fälscht. In übrigen ist die Kanonade des braven Generals, dessen Schimpftalent einen alten Kavalleriewachmeister neidisch machen könnte, nur ein neuer Beweis, daß die „Münchener Post“ mit ihrem Artikel ins Schwarze getroffen hat. Die komische Szene,

die der Spitz in Kiel aufführte, ahnte wohl Goethe voraus, als er das Verlein schrieb:

Es will der Spitz aus unserm Stall
Und immerfort belegen,
Doch seltsam Wellen lauter Schall
Bewacht nur, daß wir reiten.

Woh, welcher Reiz liegt in der Einfachheit! Die jauchenden Agrarier geben sich die ebenfällige Mühe, das Lob ihrer geliebten Budde und der eingelegten Wahnsinn zu singen. So schreiet die „Kreuzzeitung“ zur Enttäuschung derjenigen, die nach dem zweigleisigen Ausbau mindestens der großen Hauptstädten verlangen: „Der Bericht eines eingelegten Wada ist in Wirklichkeit der einfachste, weil er lediglich den einen Grundgedanken besagen muß, einen Zug auf einer Strecke abzuschaffen, auf der ein anderer Zug in entgegengesetzter Richtung in Fahrt ist.“ Wahrscheinlich die Geschichte ist fürchterlich einfach! Und sie vereinfacht sich noch weiterhin dadurch, daß, wenn bei all dieser „Einfachheit“ ein „einfacher“ Frotium eines Stationsvorstehers vorkommt, sollen mehr als ein Zug von anderen auf demselben Gleis entgegenkommt! Geradezu rührend „einfach“ ist es schließlich, daß, wenn man dabei totgeschwiegen wird, man bei solcher Gelegenheit nur ein einziges Mal stehen kann! Diese Einfachheit des eingelegten Verkehrs hat in ihrer Schlichtheit in der Tat etwas überwältigend Berührendes!

Norwegen.
Vollzählung. Bis Dienstag nachmittag wurde folgendes Ergebnis der Volkszählung in der Antons-Lage bekannt: Es stimmten 365 997 mit ja, 182 mit nein. Die Gebeirte: aus 12 Kreisen stehen noch aus.

Die Farce. Der 12. August, der Gedenktag des Thronfolgers, hat zwar keine Verfassung gebracht, aber so ganz spurlos ist er doch nicht vorübergegangen. Der Reaktionsarzteiger macht Mitteilung von den Verhandlungen, die am 19., 21., 23., 25. und 26. Juli (a. St.) in Peterhof stattgefunden haben und schließt an, daß nach Entscheidung der emstandenen Fragen durch Seine Maj. Kaiserin die entsprechende Projekt dem Kaiser zur Unterbreitung vorgelegt werde. Das Communiqué bewirkt, daß man sich jedenfalls nicht unbedonnen und unüberlegt in eine Verfassung setzen will, aber um dieser Tatsache willen braucht es nicht erwähnt zu werden. Wichtig ist etwas anderes: In der Publikation des Regierungsbüros wird zum ersten Male offiziell und mit aller wünschenswerten Deutlichkeit der Charakter der Gossudarstwenkaja Duma gekennzeichnet. Man hat beraten über „das Gesetzprojekt, betreffend die Heranziehung von Gewähltem der Bevölkerung zur Teilnahme an der Ausarbeitung und Beratung von Gesetzprojekten, die in Gemäßheit der Grundgesetze durch Vermittlung des Reichsrats an die oberste Selbstherrliche Gewalt gelangen. Damit ist zweierlei gesagt. Zunächst, daß die Volksvertreter nur eine beratende Stimme erhalten werden, dann „Ausarbeitung und Beratung“ von Gesetzprojekten schließt keine Abstimmung, d. h. also keine eigentliche Einflußnahme auf das Zustandekommen oder Verwerfen von Gesetzvorlagen ein. Das Parlament wird im besten Falle ein Debattierklub sein, aber auch das nur in einem sehr beschränkten Umfange, denn nur ein Teil der Gesetzprojekte geht „durch Vermittlung des Reichsrates“ an den Kaiser. Einzelne Materien, wie Militärangelegenheiten, gehören überhaupt nicht zur Kompetenz dieser Körperschaft und tatsächlich liegen die Dinge einfach so, daß es am letzten Ende in der diskretionären Gewalt des Kaisers liegt, was er dem Reichsrat zur Erörterung überweisen und was er auf einfachere Art erledigen will. Ein Beschluß des Reichsrates bindet ferner den Kaiser in keiner Weise, er kann ihn durchführen oder ablehnen, oder wenn ihm das bequemer ist, auf der Voraussetzung stehend, daß Bernunft nur bei montagen gewesen ist, die Ansicht der Minorität zum Gesetz erheben. Alles in allem. Das Parlament, das in Peterhof — vielleicht — geboren wird, soll nichts anderes sein als ein erweiterter Reichsrat, dem beratende Stimme in allen den Fragen zusteht, die der Samoderzee, der Selbstherrlicher, ihm vorzulegen für gut findet. Man stellt jetzt Vermutungen darüber an, wann wohl die Proklamierung der „Verfassung“ erfolgen werde, und wahrscheinlich haben diejenigen Recht, die glauben, daß der Termin mit dem Bekanntwerden der Ergebnisse der Konferenz von Portsmouth zusammenfallen werde. Damit wäre der alte Plan wieder aufgenommen, das „Parlament“ sich durch die Zustimmung zu einem wenig ehrenvollen Frieden gleich von vornherein vor dem Volke diskretieren zu lassen. Aber wie dem auch sei, was liegt daran, ob man das verschleierte Bild nun etwas früher oder später enthüllt? Die Wirkung wird auf jeden Fall dieselbe sein: ein erbittertes Völkchen, dem bald zornige Taten folgen.

Der Kongreß des Bauernverbandes, welcher unter Beteiligung von bäuerlichen Vertretern aus 22 Gouvernements tagte, verlangt für die Wahl der Volksvertreter das allgemeine direkte und geheime Stimmrecht vom 20. Jahre an, ohne Unterschied des Geschlechts, sowie eine konstituierende Versammlung mit gesetzgeberischer Initiative, Verfügung über die Finanzen, Kontrolle über die Verwaltung, persönliche Unantastbarkeit der Volksvertreter usw. Ferner erkennt der Kongreß die Notwendigkeit an, den bäuerlichen Landbesitz zu erweitern; er fordert obligatorischen, unentgeltlichen Elementarunterricht mit nicht obligatorischem Religionsunterricht, Verweltlichung der Schule, Ortsbibliotheken und Lesesäle.

Ueber die Bialystoker Schlächtereien, von denen bereits der Telegraph meldete, schreibt ein Augenzeuge folgende Einzelheiten: Der 12. August war einer der schrecklichsten Tage in Bialystok. Nachmittags um 3 Uhr hatte sich auf einer Straße eine Arbeitermenge angesammelt, um zu demonstrieren. Kaum hatte ein Redner begonnen, als Patrouillen herbeisüßten und die Polizei in Kenntnis gesetzt wurde. Beim Herannahen der Polizei stob die Menge auseinander. Als aber ein Soldat vor ihren Augen einen sehr angelegenen Arbeitervertreter niedergestreckt hatte, sammelte sich der Volkshaufe von neuem und begann die Patrouillen-

mit Steinen zu bewachen. Es wurde auch eine Bombe ge-
worfen, die indes keinen Schaden verursachte. Die Kofalen
spengten herbei, und es begann eine regelrechte
Schlachtere, die bis spät in die Nacht hinein fort-
dauerte. Die Gewehre behaupten, daß das Militär von
oben den Befehl erhalten hätte, noch Gasketten zu ver-
fahren. Derselbe hat es von diesem Rechte den weit-
gehendsten Gebrauch gemacht. Die Soldaten trieb-
en eine förmliche Jagd und schossen mit
Absicht auf unbewaffnete Passanten, auf
Frauen und Kinder. Die Straßen Lufthandel ja
und Sarakelja sind mit Blut besetzt. Durch die ge-
wöhnlichen Fenster, die in die Häuser hineingehen. In
einem Hause wurde ein obdachloses Weib, ein Kind,
beim Tode erschossen. Es gab, wie man sagt, gegen 80
Tote und 200 Verwundete. Die meisten sind
Ander, aber auch nicht wenige deutsche Arbeiter sind da-
unter. Die meisten Tote und Verwundeten haben an der
Massefaktion nicht teilgenommen.

In Niga fand Sonntag eine große revolutionäre De-
monstration statt, die zu buntigen Zusammenstößen zwischen
bewaffneten Arbeitern und Truppen führte. Dabei wurden
52 Arbeiter getötet, 117 verwundet. Von
Truppen blieben ein Kosakenoffizier und sieben Kosaken tot
auf dem Platze.

Türkei.

Eine merkwürdige Geschichte. Ein Balkar Zorick
legte, wie offiziell mitgeteilt wird, ein umfassendes Gekänd-
nis in einem Schreiben an den Sultan nieder. Er gibt an,
daß das Komplot gegen den Sultan hauptsächlich von
saulastischen Anarchisten ausging, dem aber auch Jungtürken,
Bulgaren und Anarchisten angehören. — Die „F. H. Bg.“
meldet dazu aus Konstantinopel: Nach dem umfassenden Ge-
ständnis von Zorick über das Bombenattentat gegen den
Sultan legt man sich in Nisibis fest. Die Frage war, wes-
halb Zorick nicht mit den übrigen Beteiligten die sichere
Flucht ergriffen hat. Zorick gestand, daß die Hilfsmittel,
in einzelne Teile zerlegt, in ein Haus in Konstantinopel
durch die Sineser-Kompagnie eingeschmuggelt wurde, durch
die auch das Dynamit in kleinen Portionen von höchstens
100 Kilogr. aus Bulgarien herangeholt wurde.

Dezernierung Ungarn.

Für das allgemeine Wahlrecht. Bei der in Buda-
pest stattgefundenen Landesversammlung der Sozialdemokraten
wurde eine Resolution gefaßt, wonach am 15. September ein
Gesetzentwurf über das allgemeine Wahlrecht dem Abgeord-
netenhaus eingebracht und die Resolution zur sofortigen Annahme
erlaubt werden soll. Wie bekannt, bereiten die Sozialdemo-
kraten für den 15. September eine Demonstration vor dem
Parlament gegen die Resolution und den Generalstreik im
ganzen Lande vor.

Mitteilungen aus Japan

Die Friedensverhandlungen besetzen sich
jetzt mit der Durchführung der einzelnen Punkte der japani-
schen Forderungen. Die gestern erlassenen beiden Artikel
umfassen die Räumung der Mandchurie durch Rußland
sowie dessen Verzicht auf alle Rechte, die es auf dieses Land
hat, ferner die Abtretung der sibirischen Eisenbahn von
Cherbin an. Offiziell wird bekannt gegeben: In der vor-
gestrigen Vormittagsitzung wurde der erste Artikel erlassen;
die Bevollmächtigten gingen dann zur Beratung des zweiten
Artikels über. Die Sitzung wurde um 1 Uhr geschlossen
und um 3 Uhr wieder eröffnet. Der erste Artikel, der sich
auf Korea bezieht, ist nach Überbrückung in der Vor-
mittagsitzung nicht so gefaßt, wie ihn die Japaner zuerst
vorgeschlagen hatten, sondern abgeändert worden, um den
Wünschen der Russen entgegenzukommen; doch ist
nicht bekannt, wie weit diese Änderung geht. Wie Satz
offiziell mitteilt, wurden in der Nachmittagsitzung der
Friedenskonferenz die Artikel zwei und drei besprochen und
erledigt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 16. August 1905.

Mütung Maurer, Zimmerer und Bau- arbeiter! Der Bezug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Zum Parteitag für Mecklenburg und Lübeck stellen
die Voigdenburger Genossen folgenden Antrag: Der Parteitag
wolle beschließen, daß eine offene, rege Tätigkeit für
die Revision der Landesverfassung betrieben wird, damit
unsere Gesetzgebung endlich eine andere werde und die an
Rußland erinnernden Zustände gebessert werden.

Für die Wahlrechtung sind die sogenannten
„Liberalen“ nicht nur in Lübeck, sondern überall, so z. B.
auch in Sachsen und Bayern eingetreten. Es ist nicht
mehr wie recht und billig, wenn man gerade zur Zeit der
Wahlen die ganze Schändlichkeit der libe-
ralen Wahlrechtsverhältnisse in kraffer
Weise dem Volke vor Augen führt. Das geschieht auch in
einem Aufruf, den die „Leipziger Volkszeitung“ kürzlich
veröffentlichte, und in dem die Genossen zu energischer
Wahlarbeit aufgefordert werden. „Das Dreiklassenwahl-
recht“ so heißt es in dem Aufruf, „hat den Konserpativen
die Zweidrittelmehrheit in die Hände gespielt. Die kom-
menden Wahlen werden diese Mehrheit eher ver-
größern als vermindern. Den Wehner und Kompanie
aber sängt es ob ihrer Macht bereits an unheimlich zu
werden. Sie empfinden es selbst als einen unhalt-
baren Zustand, daß eine Partei, eine Interessengrup-
pe im Landesparlament über die unbedingte Herr-
schaft verfügt. Auch einem Wehner leuchtet es ein, daß,
je sicherer die Reaktion, um so früher und gründlicher der
Zusammenbruch sein muß! Deshalb, ihr entrechteten
Staatsbürger, müßt ihr an die Wahlurne treten, um die
Wahlrechtsräuber zu entthronen. Je gründ-
licher der feige, volksverräterische Liberalis-
mus geschlagen wird, desto unheimlicher wird es den
Wehner und Genossen werden, desto unhaltbarer die
gegenwärtigen Zustände und desto näher die Zeit, die uns
ein freies, für alle Staatsbürger gleiches
Wahlrecht bringen wird, diese Vorbedingung für eine
friedliche soziale Entwicklung.“
Natürlich ist es den nationalliberalen Wahlrechts-
räubern, die man als die eigentlichen Väter der letzten

Wahlrechtung in Sachsen bezeichnen kann, sehr un-
angenehm, sich so an den Pranger gestellt zu sehen. In
heuchlerischer Weise suchen sie sich von ihrer Tat loszu-
schwenden, indem sie der nationalliberalen Presse, so auch
den „Lübeckischen Anzeiger“, folgenden Wahl-
zettel zum Abdruck übermitteln: „Meine Partei kann
offener dafür eingetreten sein, daß die Forderung der
Wahlrechtsänderung statt auf die lange Bank geschoben,
so schnell wie möglich ihrer durch die Entwicklung der
politischen Verhältnisse im Königreich Sachsen gebotenen
Lösung entgegengeführt werde, wie die nationalliberale.
Gleichwohl gefällt es der Sozialdemokratie, glauben zu
machen, ihr komme es gerade auf Wahlrecht-
rechnung der arbeitenden Klassen an. Das
direkte Gegenteil ist die Wahrheit. Dadurch,
daß die Sozialdemokratie aus einem K in U zu machen
versucht, bringt sie sich in den Verdacht, sie besäße,
gerade in der dritten Klasse auf eine Wahlkonturrenz zu
stoßen, zu der nicht am wenigsten solche Nacharbeitler bei-
tragen könnten, die durch Aufstellung nationalliberaler
Wahlmänner ihre Interessen am besten zu wahren und zu
fördern meinen.“

Nachdem die Herren Nationalliberalen gesehen haben,
daß die sächsische Wahlrechtsänderung, die sie herbei-
geführt haben, hauptsächlich ihnen selbst Schaden
gebracht hat, sind sie natürlich wiederum zur Verrückung
ihres eigenen „Wahlrechtsprodukts“ bereit. Damit sich aber
zugleich als Wahlrechtsverbesserer auszugeben, ist plump
per Schwindel, auf den die einfältigsten Leute kaum
hineinfallen dürften. Einfach tödlich ist jedoch die Behauptung,
die Nationalliberalen sind nicht für
die Wahlrechtung der arbeitenden
Klassen; im Gegenteil! Das mag ein national-
liberaler Blatt, das stets für die Volkswahlrecht-
ung eingetreten ist, daß fordern noch den Wahl-
rechtsraub, wie er von der Lübecker Bürgererschaft be-
schlossen wurde, als eine große Tat, seinen
Lesern zu erzählen? So kurz kann doch selbst kein natio-
nalliberaler Gedächtnis sein, daß es das, was vor wenigen
Tagen von eigenen Genossen genossen bezangen
wurde, jetzt schon vergessen hätte. Es ist also nichts wie
Schwindel, den das Amtsblatt und Konsorten wieder ein-
mal treiben.

Schwarz von Begriff ist scheinbar das hiesige lei-
stungsweltliche — die Bezeichnung „Blättern“, die
wir früher für dasselbe gebrauchten, hat so großen Wert
in der Redaktion des „Stadt- und Landboten“ hervorgeru-
fen, daß wir im Interesse der gesundheitlichen Verhält-
nisse dortselbst vorläufig auf eine Wiederholung verzichten
müssen —, indem es nicht können kann, warum wir
den Ausschluß des Maurermeisters Jahr aus der Janung
Wahlzettel in das richtige Licht rücken. An sich ist es uns
völlig egal, ob jemand in eine Janung aufgenommen oder
aus derselben ausgeschlossen wird. Uns kann es lediglich
darauf an, den Nachweis zu führen, daß dieselben
Leute, die über Terrorismus schreiben,
wenn Arbeiter diejenigen Elemente, die
ihnen in den Rücken fallen, meiden und aus
ihrer Organisation ausschließen, noch
schroffer vorgehen gegen ihre eigenen ab-
trünnigen Kollegen. Was bei Arbeitern als
Terrorismus bezeichnet wird, gilt hoffentlich bei den Ar-
beitgebern nicht als Toleranz. Weshalb also die Klagen
über den Terrorismus der Arbeiter?

Der Senat erteilte der von der Bürgererschaft beschlos-
senem Mänderung der Wahlrechtsvorlage, wonach
das Wahlalter von 21. auf das 25. Jahr hinaufgesetzt wird,
seine Zustimmung. So melden auswärtige Blätter
in Getrud. Die Zustimmung des Senats zur Erhöhung
des Wahlalters wurde übrigens bereits vom ständigen
Senatskommissar in der Bürgerchaftssitzung zugesichert.

Wenn gehören überhängende Früchte? Da wir vor
der Obsternte stehen, erscheint es nicht unangebracht, auf
die rechtliche Seite des Eigentums überhängender Früchte
aufmerksam zu machen. Ein Baum gehört immer nur
demjenigen, auf dessen Grund und Boden er steht. Wächst
er genau auf der Grenze zweier Nachbarn, so teilt sich
auch das Recht an dem Baume. Hängen nur Zweige aus
dem Nachbargarten über, so kann der Nichteigentümer das
Abschneiden dieser Zweige verlangen oder selbst vor-
nehmen, aber die Zweige gehören dem Eigentümer.
Anderes ist es mit den Wurzeln des Baumes. Diese kann
der Nichteigentümer abhauen und für sich behalten. Die
in den Nachbargarten überhängenden Früchte gehören
stets dem Baumbesitzer. Dieser muß aber, will er die
Früchte abnehmen, erst die Erlaubnis des Nachbarn zum
Betreten des Gartens haben. Abgefallene Früchte ge-
hören demjenigen, auf dessen Grund und Boden sie liegen.
— Welche Ströme von Schweiß mögen die Juristen ver-
gossen haben, bis diese Definition festgestellt war?

Handelsregister. Bei der offenen Handelsregister-
Lounge Vers ist am 15. August 1905 eingetragen
worden, daß die Gesellschaft aufgelöst und der bisherige
Gesellschafter O. W. G. Geers jetzt alleiniger Inhaber der
Firma ist.

Straßenperre. Wegen vorzunehmender Straßenbau-
arbeiten wird die Straße der Friedrichstraße von der
Cronsfelder Allee bis zum Feldweg vom 15. August bis
zum 1. September d. J. für den Fuhrwerksverkehr ge-
sperrt sein.

Die Wassermärkte des Krähentisches betrug gestern
nachmittag 21 Grad.

pb. Wenn gehört die Uhr? Bei einem wegen Trun-
kenheit festgenommenen hiesigen Arbeiter wurde ein
Wandstehen gefunden, lautend auf eine goldene Herren-
Savonnet-Remontoir-Ankeruhr. Der innere hintere Deckel
der Uhr trägt außen folgende Inschrift: „Nr. 11199, Ancre
Ciane droite, 16 Rubis, Balanceur Chronometre, Spiral
Breguet 16 rubis, Chaton. Im Innern des äußeren hinteren
Deckels ist der Goldwert mit 0,585 angegeben. Das Ziffer-
blatt hat römische Ziffern. Zeiger und Sekundenzeiger
scheinen aus Gold gearbeitet zu sein. Das Glas fehlt.
Der Festgenommene kann sich über den rechtmäßigen Er-
werb des Wandstehens nicht ausweisen. Er ist deshalb
verdächtig, sich des Diebstahls an der Uhr und der daran
befindlich gewesenen goldenen Kette, deren Goldwert 16 M.
beträgt, und welche er an einem hiesigen Uhrmacher ver-
kaufte, schuldig gemacht zu haben. Ausgeschlossen ist auch
nicht, daß er den Wandstehen gestohlen hat.

pb. Schwindler. Gegen einen hiesigen Schlächter-
gesellen, der sich von einem hiesigen Schmiedemeister unter
Vorspiegelung falscher Tatsachen ein Fahrrad entlieh, und
es nicht wieder ablieferte, sondern sich mit demselben von
hier entfernt hat, wurde Anzeige wegen Unterschlagung
bzw. Betruges erstattet.

r. Marxan. Mütung, Landtagswähler!
Die Wählerlisten der Urwähler für die olden-
burgischen Landtagswahlen liegen vom 21. bis
23. d. M., beide Tage einschließlich, zu jedermanns Ein-
sicht beim Gemeindevorsteher öffentlich aus. Wir ersuchen
unser Parteigenossen, ihre Eintragung möglichst am ersten
Tage zu bewirken, damit, falls dieselbe aus irgend einem
Grunde verweigert wird, rechtzeitig Einspruch erhoben
werden kann.

r. Marxan. Die Listen der Urwähler für
die oldenburgischen Landtagswahlen liegen vom 21. bis
23. d. M., beide Tage einschließlich, zu jedermanns Ein-
sicht beim Gemeindevorsteher in Sorsdorf öffentlich aus.
Parteigenossen, seid auf dem Posten!

Gleschendorf. Dienstboten haben keinen
Zutritt! Auf Bahnhof Gleschendorf fand eine Ver-
sammlung des Vereins der Dichte für unser Fürstentum
statt. Sie beschäftigte sich mit dem schon oft erörterten
Thema, daß Dienstboten zu Unvollkommenheiten keinen Zu-
tritt haben. Ein Kollege in einem Kirchdorf war bekräftigt
worden, weil er bei einem Falle, den eine Gruppe von
Gefellen arrangiert hatte, Dienstboten den Zutritt nicht
verweigerte. Es wurde beschlossen, den verurteilten Kollegen
zu veranlassen, auf Kosten des Vereins Berufung gegen
das Urteil einzulegen, um eine landgerichtliche Entschei-
dung herbeizuführen, die im Interesse aller Vereinsmit-
glieder liege. Der Vorklausurumschein enthalte stets den
Vermerk: Dienstboten haben keinen Zutritt! Das sei aber
widerständig. Es sei sehr gut möglich, daß junge Leute,
die ihren Militärdienst beendet, sich in dienender Stellung
befänden und sich einem Militärverein oder der Feuerwehr
anschließen. Unter solchen Umständen sei es nicht ver-
wunderlich, wenn die Leutenot im Fürstentum immer
ärdrer werde. Die Angelegenheit wird nächstens das
Landgericht in Lübeck beschäftigen. — Es ist bezeichnend
für die Kulturstufe, auf der noch ein Teil der deutschen
Behörden steht, indem sie gewissermaßen die Dienstboten
zu minderwertigen Menschen stempelt, mit denen das
Bürger- und Bauerntum nicht in Berührung kommen
darf.

Grevesmühl. Töblicher Unglücksfall. Der
Sattlermeister Jhde, der mit seinem Fuhrwerk nach Nö-
ting gefahren war, erlitt, als sein Wagen an einer ab-
schüssigen Stelle der Dorfstraße umschlug, einen so schweren
Schädelbruch, daß er bald darauf verstarb.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Todessturz.
Der Maurer Gottlieb Koch stürzte von einem Neubau am
Langenfelderdamme in Hamburg herab. Er erlitt einen
Schädelbruch und war sofort eine Leiche. Der Bruder des
Verunglückten hat 1896 beim Eintritz des Hauses in der
Bananhuberstraße, Ecke Uhlendorferweg, auf ähnliche
Weise seinen Tod gefunden. — Totgequatscht. Der
Arbeiter Ludol Fiebler aus der Elbtalstraße geriet auf dem
Gelände der Mineralbäder am Zühlhornerdamme in
Hamburg zwischen die Räder zweier Eisenbahnwagen.
Der Unglückliche war sofort tot. — Auf dem Dampfer
„Schiedwig“ ereignete sich ein schwerer Unglücks-
fall. Der Koch befand sich mit seiner Frau in der Kom-
büse und gab Petroleum auf das Feuer, um dieses besser
in Gang zu bringen. Hierbei explodierte das in der
Kanne befindliche Petroleum und der Koch und seine Frau
wurden über und über mit der brennenden Flüssigkeit be-
deckt. Beide erlitten schwere Brandwunden. Der Mann
ist so erheblich verletzt, daß an seinem Auskommen gezwei-
felt wird. Die Verunglückten wurden nach den stadtmitt-
schen Heilanstalten in Kiel beordert. — Ein auf-
regender Vorfall spielte sich am Stadteiche in der
Nähe der Schülerbade-Anstalt in Friedland. M. ab.
Mehrere Kinder hatten am Steg im Rohr gespielt, u. a.
die jährige Tochter des Arbeiters Marold, Wollweber-
straße. Als die Kleine am Abend noch nicht in die elter-
liche Wohnung zurückgekehrt war, vermutete man einen
Unglücksfall und suchte die betreffenden Stellen ab. Gegen
12 Uhr nachts fand man die Kleine, im Sumpfe
steckend, als Leiche vor.

Kostock. Der Streik der ständigen Koh-
lenlager-Arbeiter ist mit gestern morgen prokla-
miert worden. Vergeblich haben die Arbeiter versucht, mit
den Inhabern der hiesigen Kohlenfirmen einen Lohntarif
abzuschließen, so daß sie nun zum letzten Mittel greifen
mußten.

Kostock. Eine Konferenz der Gemein-
schaften fand am Sonntag in Gültrow statt. Der
Zweck war, den Schlußstein zum Arbeitersekretariat
zu legen. Um es gleich hier zu sagen: das Sekretariat
wird nun am 1. Oktober mit dem Genossen Henck als
Vorsteher eröffnet werden. Auf der Konferenz am Son-
ntag waren vertreten die Ortsgemeinden Kostock, Schönberg,
Bülow, Brunshaupten, Schwann, Warnemünde, Neu-
strelitz, Strelitz, Malchin, Friedland, Lübb, Gültrow, Wis-
mar, Barchim, Nöbel, Lüthben, Neubukow, Warin. Nach-
dem zur Leitung der Versammlung ein Bureau gewählt
war, erstattete der Vorsitzende der vorbereitenden Kom-
mission, Bugdahn-Kostock, den Bericht derselben. Er er-
innerte hierbei u. a. daran, daß eine frühere Konferenz
beschlossen habe, das Sekretariat ins Leben treten zu lassen,
wenn ein Fonds von 2000 Mk. angelammelt sei. Diese
Voraussetzung werde nun bis zum 1. Oktober ohne Zweifel
erfüllt sein. Die Kommission war der Meinung, daß wohl
alle Gemeindefürsten dahin übergehen würden, die Beiträge
ihrer Mitglieder an das Sekretariat aus den respektiven
Lokalassen zu bezahlen. Dies geschehe aber bisher noch
nicht durchweg, und so mußte die Kommission Quit-
tungslisten und -Marken zur Einführung bringen.
Die Schweriner Gemeindefürsten stehen noch immer
gänzlich abseits, doch hoffe er (Redner), daß man sich
dort auch über kurz oder lang anders besinnen werde.
Sonnst sei die Kommission hinsichtlich der Beteiligung der
Zahl der Ortsgemeinden nur recht angenehm enttäuscht
worden: das Solidaritätsgefühl habe sich im
allgemeinen glänzend bewährt. Es liegt freilich auch noch
ein Beschluß vor, daß vor Eröffnung des Sekretariats noch
1000 Mark für die innere Einrichtung desselben angeman-
gelt werden sollten, und zwar von den Kostocker Gemein-
schaften 500 Mark und aus den übrigen Orten Mecklen-
burgs die andere Hälfte. Die Kostocker haben ihre Pflicht
voll erfüllt, nicht aber die anderen Gemeindefürsten. Doch
es werde nun auch schon so gehen. Den Rassenbericht der
Kommission gibt anschließend hieran Schmidt-Kostock.
Dann wurde in die Beratung der Statuten des Sekretari-
ats eingetreten. Zu § 3 beantragte Schulz-Friedland,
ein unorganisierte gewerbliche Arbeiter
überhaupt keine Auskunft zu erteilen. Die
organisierten Arbeiter seien nicht dazu da, für ihre Gegner
und für Indifferente noch extra Kosten zu tragen, damit
diese noch pekuniären Vorteil haben. Gegen eine unent-
geltliche Auskunft an unorganisierte erklärten sich auch
Lurban-Barchim, Magerfleisch-Malchin, Starostoff-Kostock
und Bugdahn-Kostock. Ohne Beschränkung an jedermann
unentgeltliche Auskunft zu geben, dafür trat Fischer-
Wismar ein. Der Antrag Schulz-Friedland wurde ab-
gelehnt. Der Arbeiterssekretär soll, so wurde beschlossen,
die nichtorganisierten Auskunftsuchenden auf die gewerk-
schaftlichen Organisationen hinweisen, die das Sekretariat
errichtet haben und für die er (der keiner Gewerkschaft an-
gehörende Ratnachsuchende) bisher noch nicht besteuerte.
Darauf wurde das Statut des Sekretariats mit einigen
Änderungen angenommen. Es folgte hierauf eine längere
Aussprache über rein geschäftliche Angelegenheiten, die
dann sämtlich der Kommission des Sekretariats zur Er-
ledigung überwiesen wurden. Den nächsten Punkt der
Tagesordnung, der nunmehr zur Beratung stand, bildet:
Festsetzung der Geschäftsordnung der Kommission. Die-

Beim Minuten beim Stationsassistenten.

Im „Hann. Courier“ veröffentlicht Paul Scheufler unter der Ueberschrift „Zug 5283“ eine Skizze, die dem Uebersetzten das „Versehen“ des unglücklichen Stationsassistenten Stullfuß in Spremberg etwas weniger unbegreiflich erscheinen läßt. Wir lassen die Skizze hier folgen:

1) 5 ab! Ausfahrt! Einfahrt! Abläuten! Dampfheim frei! Schalter! Ueberholung ansetzen!“ schrien die Stimmen durcheinander.

1) 5 später 4 Minuten! Na, da kommt 5283a wieder nicht herbei, konstatiert der diersthabende Beamte des Bahnhofs M. . .

„Na, warten wir's ab,“ antwortet ihm Telegrafist Nager.

Es ist um die Mittagzeit. Der Betrieb ist ein starker. Zug folgt auf Zug. Wenig Gleise. Viel Verbindungen, die abgestellt werden müssen. Keine Personenbeförderung mit zwei naheliegenden Städten. Es heißt da den Kopf oben behalten.

Zug 5283a ist ein Schmerzentkind. liegt zwischen zwei Schnellzügen 1) 5 und 109. 1) 5 hat meist einige Minuten Verspätung, diese übertragen sich auf 5283a welcher dadurch sehr oft überholt werden muß. Soll jedoch planmäßig bis zur nächsten Station vor 1) 109 fahren.

Es handelt sich meist nur um 1 bis 2 Minuten. Ist ein guter Führer auf der Maschine des 5283a dann darf dieser 139, ja sogar 140 noch fort. Sonst ist 138 die höchste . . . Eisenbahn.

Wie gesagt, es war in der Regel der Mittelpunkt des Tages. Der Bahnhof hat nur drei Hauptgleise. Gleis 1 für Personenzüge . . . in dieser Zeit. Gleis II wurde von einem Güterzuge, welcher hier Waagen abstellt und aufnimmt, besetzt. Gleis III für 1) 5, 5283a und 109. Verspätung waren die Stationen angewiesen, die Schnellzüge unter allen Umständen planmäßig durchzuführen. Aus diesem Grunde hieß es genau berechnen.

Es war 135, Zug 5314 in Gleis II eingefahren, mit einem schweren Zuge. 5283a mußte jeden Augenblick kommen. 109 war nach eingetragener Meldung plan. Gleis II sowie sämtliche Gütergleise besetzt. 5283a mußte auf jeden Fall durch! Es wird 36, 37 da endlich kommt er oben am Wäldchen gepuffet . . . Was der Zug im Bahnhof, wird es 39. „Teufel, es muß langen!“ witterte Assistent M., „denn wenn ich umsehen lasse, kommt der 1) 109 erst recht zum Halten!“ Lokomotivführer Hermann winkt schon von weitem: „Durchfahren?“

Assistent M. nickt und macht mit dem Arm einige Bewegungen: „Fest drauf!“

Es ist 139. „Donnerwetter, wird es langen? Es muß!“

149, D 109 ab.

„Dampfheim frei?“

„Nein, 83a noch nicht zurückgemeldet!“

„Verflucht!“

„Soll ich immer Ausfahrt stellen?“

„Ja! Aber um Gottes willen keine Einfahrt!“

„Dampfheim läuten, damit Rückmeldung nicht vergessen wird!“

„Schalter!“

„Nach X zurück, dritter!“

„2 Man! 50!“

„Einfach dritter!“

„Fünftägig Pfenning!“

„Telephon schnell.“

„Station hier!“

„Zug 599 ab!“

„Muß draußen bleiben! Gleis noch besetzt!“

„Nebenbahn ab!“

„Vor Signal halten lassen!“

„Das geht wieder einmal better.“

„Dampfheim frei?“

„Nein!“

„Herrgott, da kommt 1) 109 in Bahnhof. Wer hat denn Einfahrt gegeben?“

„Signal überfahren . . . Ich nicht!“

„Stellwert II soll Schnellzug stellen!“

„Stellwert II dort? Stellwert dort!“

„Ist Stellwert verständigt?“

„Heißer Sebastian, nein! Konnte Stellwert nicht mehr erlangen!“

„Und ich konnte nicht stellen, weil Gleis II besetzt.“

Ich gebe Störungssignale!“

Und standen die Haare zu Berge im wahren Sinne des Wortes. Zug 5283a nicht zurückgemeldet und 1) 109 hier mit unheimlicher Geschwindigkeit vorgerauscht, dabei war Nebel. Das Unglück lag klar vor den Augen . . .

„Rufen Sie doch mal und fragen Sie, ob Zug 5283a dort ist. Schnell doch, schnell . . .“

„Ich rufe und bekomme keine Antwort.“

„Station hier!“

„Hier Stellwert I, am Einfahrtssignal von M. ist Störung. Arm zeigt halb frei Fahrt, halb Halt. Führer von Schnellzug winkt.“

„Es ist gut!“

Assistent M. sank wie gebrochen auf einen Stuhl. Er hatte Ausfahrtsverbot erteilt, ohne sich zu überzeugen, ob Einfahrt auf Halt stand. Die Folgen waren klar . . .

„Zug 5314 fertig!“ meldete der Zugführer.

„Abläuten! Ausfahrt geben!“

„Papier in Ordnung?“

„Ja.“

„Gut.“

„599 hereinlassen, wenn 5314 fort, Zug 806 ohne Signal in Gleis II.“

„Eben rufte ich am Zugmeldeapparat der Blockstation: Zug 5283a hier 1.46. Zug 1) 109 hier 1.54 und im Meldeapparat war Störung. Jetzt ist alles wieder in Ordnung.“

„Ne wieder werde ich diese zehn Minuten in meinem Leben vergessen.“ Paul Scheufler.

Soziales und Parteileben.

Am die örtlichen Gewerkschaftskartelle! Die unterzeichnete Kommission erucht die Kartellvorstände, von einer Ausnahme über das Kost- und Logiswesen bei dem Arbeitgeber Abstand zu nehmen, da die Zentralkommission in Berlin in den nächsten Wochen Erhebungen über das ganze Reich veranstaltet. Nähere Mitteilungen werden den Kartellen zu gegebener Zeit zugehen. Zentralkommission für Befestigung des Kost und Logiszwanges. J. A.: P. Blum, Berlin S. D. 16, Adalbertstraße 56.

Ein neues Mittel der Arbeiterbekämpfung haben die jüdischen Wäckermeister in New York erfunden. „Lafonds Bureau“ meldet von dort: Infolge des Streiks der jüdischen Wäcker im Distrikt kostet das Pfund Brot dort jetzt 18 Cents und dürfte weiter auf 20 Cents steigen. Die „World“ erklärt 75 Prozent der ausländischen Wäcker litten an der Schwindsucht, die sie sich durch die ununterbrochene Erpferkung in den schrecklichen Kellerwerkstätten zugezogen haben. Leute, die nicht daran gewöhnt seien, könnten es in dem Schwitz und Dunst dieser Atmosphäre nicht eine Stunde lang aushalten. Die ebenfalls jüdischen Arbeitgeber haben es bisher durch ihren religiösen und politischen Einfluß zu Stande gebracht, die Gesundheitsbehörden zu hintergehen. Die Arbeitgeber lassen heute Gebete abhallen, um die Ausführenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Das Mittel, durch Gebete eine Lohn-erhöhung und Befestigung der fürchterlichen Kost und Logisverhältnisse zu erreichen, haben die jüdischen Wäcker sicher

lange genug versucht, ehe sie sich entschlossen, es als unbrauchbar über Bord zu werfen und ihr Heil mit einem Streik zu versuchen.

Arbeiter als Schöffen. Man schreibt aus Jena: Um zu erreichen, daß bei der Auswahl der Schöffen auch die Arbeitererschaft berücksichtigt wird, hat das Gewerkschaftskartell in Jena folgende Eingabe an den zuständigen Bezirksdirektor gerichtet:

Nach § 18 des Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877 erfolgt die Wahl der Vertrauensmänner zu den in § 40 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorgesehenen Ausschüssen in jedem Verwaltungsbezirk für die innerhalb desselben gelegenen Amtsgerichtsbezirke durch den Bezirksausschuß nach absoluter Mehrheit der Stimmen.

Nach § 2 der Ministerialbekanntmachung vom 5. Juni 1880 sind die Vertrauensmänner, welche als Beisitzer der in § 40 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorgesehenen Ausschüsse in den einzelnen Verwaltungsbezirken für jeden innerhalb derselben gelegenen Amtsgerichtsbezirk aus dessen Einwohnern von dem Bezirksausschuß gewählt werden, durch den großherzoglich sächsischen Bezirksdirektor bis zum 1. September jeden Jahres dem Amtsgericht romhaft zu machen.

In einer auf den 17. April d. J. in das Volkshaus zu Jena einberufenen öffentlichen Versammlung wurde im Anschluß an einen Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Harmenting in Jena einstimmig die nachstehende Resolution gefaßt:

Die vom Gewerkschaftskartell der Vereinigten Gewerkschaften Jena heute abend im Volkshaus zu Jena veranstaltete öffentliche Versammlung beauftragt hiermit den Vorstand des Gewerkschaftskartells zur Stellung geeigneter Anträge bei den zuständigen Behörden, um die Berufung von Angehörigen auch des Arbeiterstandes zum Ehrenamt eines Schöffen zu erwirken.

Nachdem wir uns überzeugt haben, daß die auf dem Rathause hier selbst ausgelegte Urliste der Schöffen etwa 800 Nomen von Personen aus allen Ständen und Berufen, insbesondere auch die betroffenen Arbeiterführer ohne Unterscheid der Parteien mit enthält, bitten wir an den großherzoglichen sächsischen Bezirksdirektor den ergebenen Antrag:

„dem mit der Wahl der Vertrauensmänner betrauten Bezirksausschuße des zweiten Verwaltungsbezirks die gegenwärtige Eingabe und den Antrag zu unterbreiten, daß auch entsprechende Vertrauensmänner aus dem Arbeiterkreise als Beisitzer des Ausschusses gewählt werden.“

Wir gestatten uns darauf hinzuweisen, daß in anderen Städten dem Wunsche der Arbeiter bei der Auswahl der Schöffen mitzuwirken, bereits Rechnung getragen ist.

Wir verbleiben in vorzüglicher Hochachtung

Jena, den 10. August 1905.

Das Gewerkschaftskartell der vereinigten Gewerkschaften Jena.

Gleichzeitig wurde an das großherzogliche Amtsgericht in Jena eine Eingabe gerichtet, in der es eingangs folgendermaßen heißt:

Nach § 5 der Ministerialbekanntmachung vom 25. Mai 1880, betreffend die Vorbereitung zur Bildung der Schöffengerichte und der Schwurgerichte hat das großherzogliche Amtsgericht bis zum 1. November jeden Jahres die Sitzung des in § 40 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorgesehenen Ausschusses für die Auswahl der Schöffen abzuhalten.

Dann wird unter größtmöglicher Würdigung der an den Bezirksdirektor gerichteten Eingabe der schriftliche Antrag an das Amtsgericht gestellt: „Bei der Auswahl der Schöffen darauf hinzuwirken, daß auch Ange-

Und Reinhart, der nie einem lieben Worte zu widerstehen vermochte, kam augenblicklich.

„Ihr Anblick ist Verzerrung,“ begrüßte ihn mit ernster Behmut der alte Herr. „Ich war kein Vater — mag das einen Teil unserer Schuld bei Ihnen auslösen!“

„Ich habe ihm längst verziehen,“ entgegnete Reinhart ergriffen, „wenn ich mich seiner erinnere, werde ich nur des alten Freundes gedenken.“

Da trat Wera ein — in einem innigen Blick sagten sie sich alles, aber die Scheu vor dem Vater hielt ihre Empfindungen zurück.

Dieser aber ergriff, wie einem impulsiven Gefühl gehorchend, beider Hände und legte sie sanft ineinander.

Hier, lieber Reinhart, ist eine Abzahlung auf unsere Schuld — wollen Sie sie annehmen?“

Und ob er sie annahm! Saugzend umarmten sie sich, zum ersten Male seit seiner Wiederkehr! In einem Blickmeer zerflohen all die schwarzen Schatten, die sich zwischen sie gedrängt, die Flut des Glücks spülte in einem Augenblick alles ab hinweg und der Sonnenglanz der Hoffnung eröffnete den Blick in eine schöne seltsame Zukunft.

„Wera, mein Lieb, mein Leben — endlich, endlich!“

„Und für immer!“

Hand in Hand gingen sie zur Mutter, die der schwere Schlag, der sie getroffen, ans Krankenbett geworfen; mit Tränen segnete sie den Bund der Liebenden!

Etwas mehr als ein Jahr war vergangen. Germa hatte sich inzwischen mit einem Herrnmann von Bredenbach verheiratet, von Dr. Müllerscheidt hatte man nichts wieder gehört. Dr. Hohl war schon vor längerer Zeit einem für ihn höchst ehrenvollen Rufe an eine berühmte Universität gefolgt, an der er mit Eifer als Professor und Lehrer wirkte. Sein Werk über seine Reise hatte allgemeinen Anklang und ungeheuren Absatz gefunden, so daß er sich jetzt schon fast einen hervorragenden Namen nennen und wagen durfte, sei ne

Am den Porbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

48 Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Nur gerost, Luise, es wird wieder alles gut werden,“ flüsterte er — dann reichte er Wera liebevoll die Hand und sagte ernst:

„Du hast recht, mein Kind. Mein Urteil war noch zu befangen im eigenen Leid. Der Sturm mußte erst ausleben, bevor seine Klarheit zurückkehrte. In dir allein schlug heute der Puls unserer Ehre — Gott segne dich, mein Kind.“

Würdevoll legte er seine Hand auf ihr Haar — sie ließ es in schweigender Rührung geschehen.

Dann näherte er sich dem Bett und ergriff die Hand seines Sohnes — er sprach kein Wort, aber in seinem Druck lag Verzeihung.

„Vater, lieber bester Vater,“ sammelte Leopold, und ein schwacher Glanz ergoß sich über das marmorweiße Antlitz.

Der Engel des Lebens und der Engel des Todes kämpften seit Tagen schon einen erbitternden Kampf um das bleiche, dahinschwappende Leben in den weißen Kissen. Bald drohte das Flämmchen zu erlöschen, bald flackerte es hell auf, und der Lebensengel blies mächtig den erblaffenden Funken wieder an, seine Kraft von neuem zu entfachen.

In dieser Nacht erfolgte die Entscheidung.

Der Engel des Todes triumphierte — wie ein vernichtender Wetterstrahl sauste die Enthüllung seines Verbrechens auf den schuldigen Erbenwurm herab und tödlich traf er, was noch lebend in ihm war! Ein hitziges Fieber schüttelte seine Glieder, ohnmächtig wie die Liebe der Mutter erwich sich auch die Kunst des Arztes — Leo-

pold Sekal schlummerte hinüber in das Reich der Geheimnisse . . .

„Es ist das Beste für ihn,“ murmelte der Vater, als die motten Augen sich für immer schlossen. „Gott hat es gut gemacht.“

Der früher kundgegebene bestimmte Wunsch des Sohnes, einmal verbrannt zu werden, erpakte ihm die Erfüllung eines Begrüßnisses an Ort und Stelle. Leopolds herbliche Reste wanderten nach Gotha, und nur seine Asche bewahrte die Mutter als heilige Erinnerung auf.

Am Tage der Verbrennung erschien eine Kundgebung des Geheimrats in den Zeitungen der Stadt An Alle wende er sich, schrieb der stolze Mann, die ein Waterherz in der Brust trügen. Unendlich tief habe ihn die Verkauftung des Sohnes getroffen, aber er sei Vater — man möge ihm verzeihen, daß er ihm verzieh! Für ihn selbst bürgte Lebensgang! Daß er dem Sohne geglaubt habe, welcher Vater könne ihm das zum Vorwurf machen? Öffentlich bitte er den ehlen Mann, der durch seinen Sohn gelitten, um Vergebung; was bei ihm stünde, Genugtuung zu gewähren, solle geschehen. Die Menschen aber bitte er, des Schuldigen mit verbühnender Milde zu gedenken — die Gerechtigkeit habe über seinen Frevel ihre schweren Kliefen geschleiffen, und ein höheres Tribunal werde richten über seine Tat!

Dieser Aufruf zeltigte den Erfolg, den Sekal erhoffte. Niemand mehr wandte sich gegen ihn — er war der Gegenstand der allgemeinen Sympathie, des Mitleids und der Achtung.

Auch an Reinhart Hohl richtete er einen verböhnlichen Brief — er bat um Verzeihen alles Geschehenen, da der Schuldige dahin sei, versicherte ihn seiner höchsten Teilnahme und Achtung. Wenn er verzeihen könne, so stehe das Haus ihm gern offen, das er so lange als Freund besucht, er, der Geheimrat, werde sich freuen, seine Hand in alter Freundschaft zu drücken.

Hölze des Arbeiterstandes zum Ehrenamte eines Schöffen berufen werden.

Im Großherzogtum Oldenburg haben die Arbeiter in dieser Hinsicht bereits Erfolge gehabt.

Zum Parteitag in Jena nahm in Königsberg eine öffentliche Parteiversammlung am Freitag zwei Anträge an. Zum Organisationsstatut beantragte Genosse Braun: § 15 Abs. 1 Ziffer 1 soll lauten: Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Aufgabe, daß diejenigen Kreise, die über 300 bis 1000 politisch organisierte Genossen haben, einen Delegierten, über 1000-2500 zwei Delegierte, über 2500 bis 5000 drei Delegierte, über 5000 bis 10 000 vier Delegierte, über 10 000 fünf Delegierte entsenden dürfen. Inwieweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauensammlungen gewählt werden. Dieser Antrag fand Annahme. Genosse Braun, Mitglied der Kommission zur Beratung des Entwurfes für das Organisationsstatut, erklärte, es sei Aussicht vorhanden, daß der Antrag auf dem Parteitage zur Annahme komme. Ferner wurde folgender Antrag des Genossen Crispian angenommen: Alljährlich sind im Frühjahr Flugblätter aufklärenden Inhalts an diejenigen jungen Leute zu verteilen, deren Einziehung zum Militär in demselben Jahre stattfinden soll. Besonders die Militärgerichtsurteile und Soldatenmishandlungen sind in diesen Flugblättern zu berücksichtigen. Auch die Konferenz des Wahlkreises Offenbach. Dieburg nahm zum Parteitage Stellung. Ulrich referierte über das Organisationsstatut, mit dessen Grundzügen er sich einverstanden erklärte. Nur wünschte er, § 10 möge geändert werden: Wo Landes- (bzw. Bezirks-) Delegationsstellen bestehen, soll die Abstimmung zwischen Parteivorstand und Kreis durch die Vermittlung des Landesvorstandes gehen, dieser soll die vorgeschriebenen 25 Prozent der Einnahmen der Kreise abführen. Allgemein stimmten die Delegierten dieser Anregung zu, Ulrich will entsprechenden Antrag stellen. Unter Beifall sprach sich Ulrich überhaupt für eine Käuflichkeit der Landesorganisationen aus; diese seien aus dem Bedürfnis hervorgegangen und ihre Bestätigung im Organisationsentwurf bringe nur eine nachträgliche Anerkennung. Wenn der Frankfurter Parteisekretär Dittmann im „Hamb. Echo“ z. B. das Großherzogtum Hessen einfach an Frankfurt angliedern und einen Agitationsbezirk von 21 Wahlkreisen bilden wolle, so übersehe er, daß bis vor 3 Jahren Oberhessen Frankfurt unterstand, aber abgetrennt wurde, weil eben doch die Pflege der Landespolitik, zumal in Hessen, nicht bedeutungslos ist. — Witzlich referierte über Massaker und Generalstreikproblem; er sprach gegen jede Abschwächung der Massaker und empfahl den Genossen das Studium des Roland-Holstischen Buches. Beschlossen wurde mit großer Mehrheit zur Tagesordnung des Parteitages zu beantragen: Die Veränderungen in der Reichspolitik und die Sozialdemokratie. Die Begründer des Antrages wollen besonders die Wirkungen der revolutionären Vorgänge in Rußland behandelt wissen; sie fürchten, es werde sonst diese Sache bei allen Verhandlungsgegenständen gestreift und dadurch verzerrt werden. — Die Wahl der Delegierten erfolgt durch Urabstimmung.

Zum Organisationsstatut beschloß die Kreisversammlung für Schaumburg-Lippe: „Da die Parteigenossen des Wahlkreises Schaumburg-Lippe keinen Delegierten nach Jena entsenden, so übergeben dieselben einem Vertreter des örtlichen Bezirks ihr Mandat mit der Bedingung, gegen den Entwurf der Statutenberatungs-Kommission zu stimmen, weil dasselbe nicht den ländlichen Wahlkreisen zweckdienlich und in diesen undurchführbar ist.“ Ähnliche Stellung nahmen die Genossen im Kreise Münster-Cosfeld durch folgende Resolution: Die Parteigenossen des Wahlkreises Münster-Cosfeld erklären sich gegen den veröffentlichten Organisationsentwurf, soweit er die Gliederung der Partei betrifft (§ 7-10 des Entwurfes), da die vorgeschlagene Neuorganisation in solchen Bezirken undurchführbar ist, in denen die Partei schwach vertreten ist oder ihr keine Veranlassungslotale zur Verfügung stehen. Sie erklären sich für Beibehaltung und weiteren Ausbau des althergebrachten Vertrauensmännersystems. Dem Zentralkonventionsgedanken schlagen sie vor, dadurch Rechnung zu tragen, daß eine einheitliche Reichsparteimarkte vom Parteivorstande herausgegeben wird, über deren Vertrieb die einzelnen Orte mit den Bezirksorganisationen und diese mit dem Parteivorstand abzurechnen haben.

Aus Nah und Fern.

Eine Katzensteuer. Die Einführung einer Katzensteuer ist von der Gemeindevorstellung des Dorfes Eichwalde einstimmig beschlossen worden. Gleichzeitig wurde ein besonderes Statut zum Schutze der Singvögel erlassen. In der Tat hat die Katzenplage bei Berlin in unheimlicher Weise zugenommen. Wegen der Bewohner von Grunewald, so werden auch diejenigen anderer Dörfer die Helfer, die sie zur Bekämpfung der Katzen

geliebte Wera als Frau Professor zu sich zu rufen. Und in was für ein prächtiges, idyllisches Heim er sie einführte! Außerhalb der Stadt lag es, am Fuße eines sanft ansteigenden Berges, ein reizender Garten umgab es von allen Seiten, in dem auf einem erhöhten Plateau eine wunderbar traumliche Laube sich befand; von diesem Plateau aus genoß man eine wahrhaft idyllische Aussicht weit ins Tal und auf den silberklaren Fluß, der sich rauschend zwischen anmutigen Wiesen an den pittoresken Höhen und Anpflanzungen vorüber schlängelte.

Als sie einzog, war es freilich Winter draußen — unter Eis und Schnee lagen die Schönheiten versteckt, welche der Frühling hier wecken durfte — aber auch Eis und Schnee sind schön, wenn im Herzen Frühling ist; und in den Herzen der jungen Eheleute herrschte der Lenz in seiner göttlichen Pracht und Herrlichkeit! Da war alles eitel Blütentau und Vogelsang, niemand erinnerte sich mit zehrender Bitterkeit der ausgestandenen Schmerzen, und wenn sie der Vergangenheit gedachten, so geschah es nur mit jener wehmütig-ebenen Milde, welche auch im Uebel das Gute sucht und die Prüfung nur als ein Bad des Charakters betrachtet, aus welchem er reiner, geläuterter, humaner und würdiger hervorgeht!

E n d e .

riefen, nicht mehr los, und die Singvögel verschwanden zu sehens. Der Jäger darf eine wilde Raute töten, der Willensbesitzer die in seinem Garten herumirrende nicht, obgleich sie alle Vogelnester plündern. Wohl wird oft ein Hinz oder Wurm mit einem Tsching abgeschossen oder in einer Falle gefangen und beschwindet dann spurlos, aber die Selbsthilfe ist gesetzlich nicht erlaubt. Da ist es begreiflich, daß die Gemeinde Eichwalde durch eine Steuer viele Leute zur Abschaffung der Katzen veranlassen will, so schmerzlich es mancher Frau auch sein wird, sich von ihrer Miez zu trennen.

Im Wahnstun. Am Sonnabend ereignete sich im Invalidentank zu Dresden eine Schreckensszene. Der Theaterbilletkassierer dieses Wohlthätigkeitsinstituts, Paul Doering, der wegen hochgradiger Nervosität nach 30jähriger Tätigkeit pensioniert werden sollte, gab auf den Direktor Zimmer und seine mitanwesenden Kollegen ein Revolvergeschloß ab, durch die der Rentant Schille und der Sekretär Glaeser leicht am Arme verwundet wurden. Bei der Festnahme Doerings wurden bei ihm noch weitere 3 scharf geladene Revolver gefunden. Jedenfalls hat er in einem Anfall von Geisteskrankheit gehandelt. Später fand man Doering in seiner Zelle erhängt vor.

Drei Personen in einem Eisenbahnzuge verbrannt. Aus Petrosch (Königsthal) wir dem „N. W. Ztbl.“ gemeldet: Es ereignete sich auf dem von Petrosch nach Lützen verkehrenden Eisenbahnzuge ein schrecklicher Unglücksfall. In einem Koupée dritter Klasse saß die 18jährige Magd Marie Szabo, die eine Flasche mit fünfzehn Litern Spiritus mit sich führte. Durch einen Zufall zerbrach die Flasche und der Spiritus ergoß sich nach allen Richtungen. In einem Nachbarkoupée saß der Lehmann Theodor Illgor, der sich den Scherz machte, die vom anderen Koupée einströmende Flüssigkeit mit seiner Zigarre anzuzünden. Der Spiritus entzündete sich, es erfolgte auch eine Detonation und bald hatten die Flammen auch das Nachbarkoupée, in welchem der Spiritus ausgegossen war, ergriffen. Dort saßen außer der erwähnten Magd noch zwei Frauen, die beim Anblicke der Flammen völlig ihre Geistesgegenwart verloren und starr sitzen blieben, ohne Anstalten zu treffen, den Zug durch ein Notsignal zu stehen zu bringen. Ungefähr 25 Schritte vor dem Wechsel der Station Zwätzen bemerkte der Eisenbahnkondukteur, daß aus dem fahrenden Zuge eine sichtbar brennende Frauengestalt hinausprang, und noch ehe er das Notsignal geben konnte, folgten ihr zwei weitere Gestalten. Als der Zug hielt, eilte man zu den auf dem Boden liegenden brennenden Gestalten und trachtete, die Flammen zu erlöschten. Es war jedoch zu spät. Die Magd, die aus dem Zuge gesprungen war, hatte tödliche Brandwunden erlitten und starb nach wenigen Minuten. Auch die zwei anderen Frauen, die ihr nachsprangen, waren tödlich verletzt. Als die anderen Passagiere die Rauchwolken aus dem brennenden Wagon herausdringen sahen, sprangen sie ab, bevor noch der Zug hielt. Dabei erlitten mehrere Personen Verletzungen. Der Urheber des schrecklichen Unglücksfalles, der Bauer Illgor, wurde vor Schreck an epileptischen Krämpfen befallen. Der Wagon, wo das Feuer entstand, ist vollkommen verbrannt, ein anderer Wagon gleichfalls beschädigt. Auf telegraphische Requisition kam bald ein Hülfzug mit Ärzten, welche die Verwundeten verbanden und sodann ins Petroscher Krankenhaus überführen ließen. Die Leiche der Magd wurde in Petrosch begraben. Der materielle Schaden beträgt 50 000 Kronen.

Was sich immer gleichbleibt. In den „lustigen Blättern“ besingt Alexander Moszkowski einen ruhenden Bank in der Erscheinungen Flucht: Wirf sie wie du willst, die Raute, Immer fällt sie auf die Tage; Gibt es für den Ruffenstaat Feinden oder Ketzergebrauch — Stets das gleiche Resultat: Immer kommt ein Pump heraus.

Ob sie neue Bahnen bauen,
Ob sie ihre Juden hauen,
Ob die Bomben mit Getrahl:
Fliegen in die Luft hinaus —
Ganz egal in jedem Falle,
Immer kommt ein Pump heraus.

Ob sie starr am Alten kleben,
Ob sie die Verfassung geben,
Ob sie beten, ob sie weinen
In der Ferne und zu Haus —
Immer gleich bleibt's in dem Einen,
Immer kommt ein Pump heraus.

Schreckenstage auf dem Leuchtturm. Eine Woche fürchterlicher Ereignisse hat der Wärrer Hülf vom Leuchtturm bei Stradsford Shoals, Long Island, hinter sich, der die ganze Zeit über von der Welt abgeschlossen auf der Hut vor seinem plötzlich wahninnig gewordenen Kollegen sein mußte, um sein Leben zu retten und das Leuchtturm zu schützen. Während der ganzen Woche kam Hülf nicht ein einziges mal dazu, eine Stunde lang ruhig zu schlafen. Ununterbrochen mußte er zum Kampfe mit dem Wahninnigen gerüstet sein. Coster, so ist der Name des Wahninnigen, versuchte zuerst, seinen Kollegen mit einer Art zu erschlagen, dann ging er mit einem großen Messer, mit einem Pfahl und mit verschiedenen anderen gefährlichen Werkzeugen auf ihn los, worauf in kurzen Zwischenräumen Angriffe mit einem Messer, mit einem Beil, einem Schmiedehammer und anderen gefährlichen Waffen folgten. Manchmal gelang es Hülf, den Angreifer im Kampfe so niederzuschlagen, daß er fast das Bewußtsein verlor, aber kaum hatte Coster sich erholt, so nahm er den Angriff wieder auf. In einer stürmischen Nacht, als das Signallicht für die Sicherheit der Schiffsahrt von der höchsten Bedeutung war, versuchte Coster, die zollernen Glaswände der Lampe zu zertrümmern. Unter den größten Schwierigkeiten gelang es Hülf, den Wahninnigen zurückzutreiben. Darauf machte

sich Coster daran, mit Hammer und Meißel ein Loch in die mächtigen Steinwände des Leuchtturms zu brechen, natürlich ohne Erfolg. Fitzwillien traf das Ablösungsgesuch ein, das gerade zur rechten Zeit kam, denn viel länger hätte Hülf sich nicht mehr gegen Coster halten können. In völliger erschöpfter Zustände wurde er an Land gebracht. Auch Coster war gänzlich entkräftet. Es verging geraume Zeit, ehe sich Hülf soweit erholt hatte, daß er einen zusammenhängenden Bericht über seine Geschehnisse erstatten konnte.

Das Angkischreiben von Fröschen. Daß manche Vertreter der Frösche und Krötenfamilien über ein recht kräftiges Lärmorgan verfügen, davon kann sich jeder alltäglich oder besser allabendlich an dem nächsten Teich überzeugen. Was aber Hermann Böas in der Monatschrift „Der zoologische Garten“ über gelegentliches Schreien von Kröten und Fröschen zu berichten weiß, sind jedenfalls seltene und darum um so merkwürdigere Erscheinungen. Schon als Junge hatte Böas einmal an einem Sommerabend im Garten einen eigentümlichen durchdringenden Schrei vernommen, den er nicht zu deuten wußte. Er fand an der Stelle, woher das Geräusch gekommen zu sein schien, in einem Salatbeet, einen grünen Grasfrosch, der platt auf dem Boden lag und die Beine in ganz sonderbarer Stellung in die Höhe hielt. Trostlos glaubte Böas noch nicht daran, daß der Frosch einen solchen Schrei sollte ausstoßen können. Der Frosch wiederholte sich noch einige Male später, aber immer in der Dürftigkeit, man seine Entstehung nicht mit voller Bestimmtheit festzustellen konnte. Später oder wurde Böas an diese jugendliche Beobachtung lebhaft erinnert. Er hatte ein besonders ansehnliches Exemplar der gelben Knoblauchkröte gefangen und sie in eine Pappschachtel gesetzt, um sie später einem Museum zu übergeben. Aus Versehen ließ er nun nachts die Schachtel um und war nicht wenig überrascht, als die Kröte dabei denselben schrillen Ton ausstieß, der ihn früher ein Rätsel gewesen war. Das Geräusch war so heftig gewesen, daß man die in den Nebenzimmer schlafenden Leute davon gewarnt wurde. In zoologischen Werken findet sich bisher kaum eine Andeutung über den Angkischrei der Frösche. Böas führt aber noch zwei weitere Fälle an, bei denen die fraglichen Frösche einmal von einer Schwärme, das andere Mal von einer jungen Raute überfallen worden waren und ihrer Todesangst auf gleiche Weise Laßt gemacht hatten.

Landesamtliche Nachrichten

vom 6. bis 12. August 1905.

Geburten.

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
 2. August: Eisenbahner G. F. J. Chr. Schlichting. Former J. S. E. Frederiksen. Maurer F. B. S. Thies. 3. Eisenbahnbeamter H. F. E. Wegener. 4. Kaufmann L. Kroner. Arbeiter H. C. Grümmacher. Konsul und Kaufmann C. F. H. Dimmer. 5. Heizer C. Conrad. Drahter M. C. Endler. Kaufmann W. C. A. Becker. 6. Zimmermann J. S. C. Warne. Arbeiter S. D. Mufche. Zimmermann G. J. Grube. Gastwirt H. J. S. Müller. 7. Schlosser E. F. B. J. Felten. Arbeiter J. S. J. Döhlen. Arbeiter H. S. W. Walling. Arbeiter S. J. S. Jüsti. 8. Laternenwärter D. B. E. Bielle. Träger D. G. J. Prestien. Maurer J. J. C. Vehlhaber. Schuhmacher G. Kisser.

- b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
 30. Juli: Mechaniker D. H. E. Zehle. 31. Werkmeister E. J. Hahn. Tischler J. E. J. Dose. 1. August: Tischler H. J. J. Peters. 2. Schlachter W. S. Chr. Bätow. Drechsler C. Bopp. 3. Arbeiter Th. J. E. D. Böhnk. Tapezierer J. S. J. Boss. 4. Tischler G. S. D. Th. Böttger. 5. Arbeiter J. S. F. Dettmann. Zimmermeister A. F. H. Haebide. Arbeiter Chr. S. S. Hillers. 6. Schlachter E. M. Hinrichs. Arbeiter S. S. Schumacher. 7. Geschäftsführer H. S. J. Wilms. Maurer Chr. S. F. Frant. Arbeiter W. C. J. J. Kamperin. Stellschmied S. Chr. E. Borgwaldt. 8. Heizer A. A. Zittlau. 9. Gerichtsbeamter H. S. D. Wichmann. Schuhmacher L. S. H. Bentzien. Kaufmann A. S. H. Herjen.

Sterbefälle.

- 5. August: S. A. F. S. Einfeldt, 2 1/2 M. Ein togeb. Mädchen, B.: Arbeiter C. S. A. Meier (Krempelsdorf). Ein togeb. Knabe, B.: Fuhrmann W. B. J. Lindemann. 6. Frieda M. L. Nieland, 2 M. Chr. F. D. geb. Memmert. Ehefrau des Tapeziers und Dekorateurs A. W. L. B. Meincke, 35 J. 7. M. Chr. geb. Willmann, Witwe des Schiffbauers Carl Julius Hermann Krüger, 64 J. A. F. Wient, 1 J. 6 M. M. E. Fied, 4 M. A. W. A. Fietje, 7 M. C. M. M. geb. Dieß, Witwe des Maurer-gehülfsen G. L. M. Schröder, 49 J. Ein togeb. Mädchen, B.: Arbeiter F. C. L. J. Bossehl. Fuhrwerksbesitzer J. F. A. Schütt, 37 J. (Travemünde). S. A. Jostromal, 5 1/2 Jahre. 8. W. A. S. Höpner, 16 J. D. F. S. Dörwaldt, 1 M. G. Hahn, 5 M. Ein togeb. Mädchen, B.: Former C. Sommer. 9. E. C. Wöhen, 17 J. Fabrikarbeiter J. W. J. Föllch, 24 J. 10. Aufwärter C. J. A. Westphal, 39 J. A. A. D. geb. Köhler, Ehefrau des Arbeiters E. J. F. Bietom, 62 J. A. W. M. Stegmann, 5 1/2 M. 11. E. D. M. geb. Bösch, Ehefrau des Maschinenmeisters E. J. F. Drossel, 29 J. (Sitzrade). M. C. A. C. Rönnpa, 22 J. 12. D. E. G. Range, 3 M. S. B. F. Wellmann, 4 1/2 M.

Ungeordnete Aufgebote.

- 7. August: Färber E. F. Ulfch und M. M. S. Mathiesen. Apotheker A. H. Müller und Witwe C. Meliere geb. Oederich. Schiffbauernmann A. F. W. Müller und E. M. D. Hiefoth. 8. Arbeiter M. D. J. S. Müller und E. A. S. Hinemann. Sergeant und Patrimonialschreiber E. G. B. Sommer und E. A. F. Kiedhof. 9. Kaufmann G. W. Runge und E. A. M. Schramm in Steglitz. Maschinist W. F. Dooge in Ellerhof und S. J. C. Hübscher. Eigentümer W. A. S. M. Meinde in Herrenhof und E. C. Krellenberg in Rüdnik. 10. Hausdiener S. B. C. Wünnig und D. M. E. Neethen. Steuermann G. J. S. Boh und J. M. Liedemann in Steffin. 11. Rechtsanwalt und Notar A. F. A. Weyrowitz und M. F. B. Schröder-Edlon in Petersdorf. Stellmacher W. Borep und E. M. A. Stolt, beide in Klein-Verfentlin. 12. Masseur und Krankenwärter G. Rogalla und A. Jost in Rudsteden. Korrespondent B. J. A. Björk und E. J. A. Vorreau in Danzig.

Ehescheidungen.

- 8. August: Versicherungsbeamter F. B. S. Wille und W. G. Bartel zu Hansdorf. 12. Arbeiter S. F. Wäsche und W. J. A. geschiedene Köhler geb. Wulff. Arbeiter J. S. F. Langhans und A. Schiemann. Kaufmann E. S. C. Hochmuth und E. C. C. Raup.